

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg
am 27.09.2012

Tagungsort: Sitzungssaal des Bürgerzentrums "Amt Dornberg",
Wertherstraße 436

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 20:40 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Hermann Berenbrinker

CDU

Frau Petra Brinkmann

Herr Normann Graeser

Herr Wilhelm Kleinesdar

SPD

Herr Gerd Gieselmann

Frau Inge Selle

Herr Jörg Sensenschmidt

Frau Frauke Viehmeister

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Harald Haemisch

Herr Paul John

Herr Heiko Steinkühler

BfB

Herr Winfried Huber

FDP

Frau Angelika Wilmsmeier

Parteilose Mitglieder

Herr Robin Fermann

Nicht anwesend:

Zu Punkt

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Berenbrinker begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur 33. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg vom 18.09.2012 sowie deren Beschlussfähigkeit fest.

Er gratuliert Herrn Gieselmann zu seinem Geburtstag und wünscht für das neue Lebensjahr alles Gute.

Er verliest den gemeinsamen Dringlichkeitsantrag der FDP und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur umzugsbedingten Erweiterung der Stapenhorstschule und stellt die Dringlichkeit zur Abstimmung.

Frau Wilmsmeier begründet die Dringlichkeit durch die Beratung der Angelegenheit im Schulausschuss, bei der sodann die Stellungnahme der Bezirksvertretung Dornberg vorliegen und Berücksichtigung finden solle.

Beschluss:

Die Dringlichkeit ist begründet und die Tagesordnung somit um TOP 4.6 – Umzugsbedingt gegebene Erweiterung der Stapenhorstschule - zu erweitern.

- einstimmig beschlossen -

Weiterhin teilt Herr Berenbrinker mit, dass die Verwaltung eine Informationsvorlage zum Neubau Experimentalphysik vorgelegt habe, die aufgrund der Beratung im Stadtentwicklungsausschuss ebenfalls als Dringlichkeitspunkt beraten werden müsse.

Beschluss:

Die Dringlichkeit ist begründet und es erfolgt eine Erweiterung der Tagesordnung um TOP 9.2 – Neubau Experimentalphysik der Universität Bielefeld Morgenbreede - . Top 9. wird in TOP 9.1 umgeändert und TOP 9.2 neu eingefügt.

- einstimmig beschlossen -

Er schlägt vor, dass Aufgrund des engen thematischen Zusammenhanges die TOPs 3.2 und 3.3 zusammen mit TOP 7 beraten werden sollten.

Beschluss:

Die Anfragen unter TOP 3.2 und 3.3 werden zusammen mit und unter TOP 7 beraten.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 1

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Dornberg

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Herr Stefan Biermann, Wertherstraße 304, 33619 Bielefeld hat folgende schriftliche Fragen gestellt:

Frage 1:

Was können die Bezirksvertretung Dornberg und die Stadt Bielefeld weiter für die Anwohnerinnen und Anwohner des Stadtbezirks Dornberg tun um die Zunahme des Schwerlastverkehrs zu verhindern?

Frage 2:

Wer hat die Route am 11.09.2012 bei Herrn Prof. Dr. de Groot mitbeschlossen?

Zusatzfrage:

Wurden die Bedenken und Lösungsvorschläge der Anwohnerinnen und Anwohner aus dem Stadtbezirk Dornberg berücksichtigt?

Das Amt für Verkehr beantwortet die Fragen wie folgt:

Frage 1:

Nach dem Behördentermin am 11.9.2012 zur Information über den Sachstand des LKW-Umleitungsverkehrs im Zusammenhang mit dem Luftreinhalteplan Halle hat die Stadt Bielefeld erneut Stellung genommen (Siehe Information zum Sachstand LRP Halle).

Sobald der LRP Halle öffentlich ausliegt wird die Stadt Bielefeld auch dazu schriftlich Stellung nehmen, falls die Anforderungen der Stadt Bielefeld nicht umgesetzt sind.

Die Stadt Bielefeld wird die Zählergebnisse an den Umleitungsstrecken genau analysieren und bei Problemen die Bezirksregierung umgehend um Nachbesserungen bitten.

Frage 2:

Die am 11.09.2012 vorgestellte Route wurde von der Bezirksregierung erarbeitet und vorgestellt. Die Stadt Bielefeld hat dazu eine Stellungnahme abgegeben und ihre Änderungsvorschläge dargestellt.

Die Bezirksregierung entscheidet über den LRP Halle und über das vorgesehene LKW-Umleitungskonzept.

Zusatzfrage:

Nach Aussage der Bezirksregierung wird die Wegweisungsbeschilderung „Bielefeld – Nebenstrecke“ entfernt werden. Die Bezirksregierung wird die aus Luftreinhaltegründen kritische Stapenhorststr. von zusätzlichen Verkehrsbelastungen durch die Anordnung einer LKW-Sperrung für den

Durchgangsverkehr freihalten. Der Vorschlag der Stadt Bielefeld ist es die Sperrung bereits ab der Babenhausener Str. statt der Voltmannstr. vorzusehen.

Die Stadt Bielefeld setzt sich weiterhin für die Umsetzung der Forderungen aus den politischen Gremien ein.

Herr Berenbrinker verweist auf die Anfrage der BfB und den Antrag der CDU zu diesem Thema. Er führt aus, dass eine umfangreiche Stellungnahme des Amtes für Verkehr vorliegewelche nachfolgend unter TOP 7 beraten würde. Er macht jedoch darauf aufmerksam, dass die Möglichkeiten der Bezirksvertretung und auch der Stadt Bielefeld begrenzt seien und ganz ohne Mehrbelastungen für den Stadtbezirk Dornberg eine Sperrung der B 68 in Halle (Westf.) wahrscheinlich nicht erfolgen würde.

Herr Christoph Becker, Auf dem Kley 56, 33619 Bielefeld stellt folgende Frage:

Ist es möglich auf der Straße Zur Schwedenschanze eine Bodenwelle einzubauen?

Er führt begründend aus, dass es in der anliegenden Siedlung viele Kinder gebe, welche die zum spielen attraktive Straße nutzen würden. Der durch die neu eröffnete Gaststätte gestiegene Kraftfahrzeugverkehr stelle eine nicht erhebliche Gefahr für die Kinder dar. Die Einrichtung einer Bodenwelle könne diesem entgegenwirken. Er übergibt der Bezirksvertretung Dornberg eine Unterschriftenliste.

Herr Berenbrinker sagt zu, die Anfrage weiterzuleiten und Herrn Becker stellvertretend für die Anwohnerinnen und Anwohner über das Ergebnis der Prüfungen zu informieren.

Zu Punkt 2

Mitteilungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Frau Steinborn macht folgende Mitteilungen:

Tag des Ehrenamtes 2012

Der Tag des Ehrenamtes findet am 05.12.2012 im Bürgerzentrum „Amt Dornberg“ statt.

Feierlichkeiten anlässlich des 100-jährigen Bestehens der Kaiser-Friedrich-Gedächtnishütte

Die Feierlichkeiten an der Schwedenschanze finden am 20.10.2012 um

11 Uhr statt.

Das Amt für Verkehr teilt mit, dass folgende Maßnahmen nach den Herbstferien 2012 umgesetzt werden sollen:

Angebotsverdichtung im täglichen Abendverkehr und sonntagvormittags auf der Linie 26 (Dürerstraße)

Zur Vereinheitlichung der Angebotsqualität sollen die Buslinie 25/26 auf dem Westast zur Dürerstraße im Abendverkehr bis etwa 23 Uhr und sonntagvormittags auf einen 15-Min.-Takt verdichtet werden. Hierbei handele es sich um eine Maßnahme, die seitens der Öffentlichkeit und der Politik immer wieder gefordert worden sei. MoBiel gehe davon aus, dass die Angebotsverbesserungen durch Nachfragesteigerungen refinanziert würden.

Geplante Umsetzung: 21.10.2012 (nach den Herbstferien).

Neue Endstelle der Linie 24 Vulsiekshof in Großdornberg

Die neue Endstelle werde 2012 von der Stadt Bielefeld gebaut, moBiel werde ein WC-Modul für die Fahrer errichten. Die Inbetriebnahme erfolge nach Fertigstellung im Spätherbst 2012 ohne Ankopplung an einen Fahrplanwechsel. Durch die neue Endstelle ändere sich die Linienführung in Dornberg im Detail: Der neue Fahrweg führt vom Jahnplatz über Kirchdornberg – Wertherstr. – Babenhauser Str. zur Endstelle an der Einmündung Vulsiekshof. Damit werde ein verbesserter Umstieg von/zu den Linien 21/62 und 57/58 an der Haltestelle Dornberg Bürgerzentrum erreicht. Außerdem könne die Haltestelle Vulsiekshof zukünftig zum Ein- und Ausstieg genutzt werden.

Geplante Umsetzung: voraussichtlich 26. November 2012 (Dienstplanwechsel zum Weihnachtsmarkt).

Erneuerung des Durchlasses Am Wittenberg

Die Bauarbeit sollen voraussichtlich im November durchgeführt werden.

Ausbau der Großdornberger Straße

Die Ausführung der Arbeiten sei für Oktober bis November 2012 vorgesehen. In diesem Zusammenhang werde auch der Radweg Richtung Wittlersweg fertig gestellt.

Platanenreihe entlang des Fußweges an der Morgenbreede

Die Abteilung Grünunterhaltung im Umweltbetrieb teile mit, dass entlang des Fuß- und Radweges Morgenbreede, der von der Universitätsstraße zur Werther Straße führe, nach dem Bau der Universität eine Reihe von ca. 60 Stück Platanen gepflanzt worden seien. Mittlerweile seien diese Bäume so stark gewachsen das sie sich gegenseitig negativ beeinflussen.

Frei stehende Platanen könnten im Alter eine Krone mit einem Durchmesser von bis zu 30 m bilden und durch den zu gering gewählten

Pflanzabstand würden sich die Bäume gegenseitig stark in ihrer Entwicklung beeinträchtigen. Der Umweltbetrieb plane die Fällung jedes zweiten Baumes in der Reihe mit dem Ziel, die verbleibenden Bäume zu fördern. Auf eine andere Art und Weise sei die langfristige Entwicklung der Baumreihe nicht zu gewährleisten. Der Umweltbetrieb teile mit, dass er für weitere Erläuterungen zu einem Ortstermin zur Verfügung stünde.

Rückbau Straßenbeleuchtung Menzelstraße 12 - 22

Bei einer routinemäßigen Kontrolle der Straßenbeleuchtung sei festgestellt worden, dass eine Leuchte irrtümlich in einer Privatstraße errichtet worden sei. Dieser Beleuchtungsmast werde ersatzlos zurückgebaut. Die Anwohner würden informiert.

Verbesserung Straßenbeleuchtung in der Seitenstraße Sonnenhügel 18 – 24

Bei einer routinemäßigen Kontrolle der Straßenbeleuchtung sei festgestellt worden, dass die Beleuchtung in der Seitenstraße 18 – 24 des Sonnenhügel nicht mehr dem städtischen Beleuchtungsstandard für Wohnstraße entspreche. Deshalb sollten zwei neue Masten aufgestellt werden. Auf Grund der Straßenbreite von 13 m bis 18 m sei die Errichtung 6 m hoher Masten geplant. Es handele sich um eine Verbesserung der öffentlichen Straßenbeleuchtungsanlage und die Schätzkosten von 4.163,00 € würden aus den Ansätzen für die Mastsanierung der Straßenbeleuchtung finanziert. Die Erhebung von Anliegerbeiträgen würde derzeit geprüft.

Förderung des Lebensmittelkorbes

Frau Viehmeister übermittelt im Namen von Frau Kern vom Lebensmittelkorb Dornberg ganz herzlichen Dank für die die Unterstützung aus den bezirklichen Mitteln.

Herr Berenbrinker macht folgende Mitteilungen:

Initiativkreis Niederdornberg-Deppendorf/Schröttinghausen

Der Initiativkreis habe den zweiten Platz im Landeswettbewerb belegt, was ein tolles Ergebnis und auch ein gutes Aushängeschild für Bielefeld und den Stadtbezirks Dornberg sei.

Festlichkeiten anlässlich des 135-jährigen Bestehens der Freiwilligen Feuerwehr Kirchdornberg

Herr Berenbrinker teilt mit, dass die Löschabteilung Kirchdornberg auf Festlichkeiten anlässlich des Jubiläums verzichte. Auch der Erhalt der Ehrenabteilung werde abgelehnt.

Bürgerinitiative Bielefelder Lange Lage (BILL)

Herr Berenbrinker verliest nachstehende Fragen der Bielefelder Bürgerinitiative BILL und die Antworten des Bau- und Liegenschaftsbetriebes NRW (BLB):

Neubau Forschungsbau Interaktive Intelligente Systeme (FBIIS)

1. Wann geht FBIIS in Betrieb?

Der BLB NRW wird das Gebäude Ende des Jahres 2012 an die

Universität Bielefeld übergeben. Nach Einrichtung des Gebäudes und Umzug ist die Inbetriebnahme im 1. Quartal 2013 und der Betrieb ab März 2013 vorgesehen.

2. Wann geht die Tiefgarage in Betrieb?

Die Tiefgarage wird zeitgleich mit dem Gebäude Ende des Jahres 2012 übergeben und wird gleichzeitig in Betrieb genommen.

3. Wie viele Stellplätze gibt es in der Tiefgarage?

89 Stellplätze

4. Wie viele Personen werden im FBIS tätig sein (Mitarbeiter, Forscher, Studierende)?

Es ist eine Kapazität von max. 225 Personen vorhanden. Es ist davon auszugehen, dass diese Spitzenkapazität nicht ausgeschöpft wird.

5. Wird es bei FBIS eine Parkraumbewirtschaftung geben?

Hierzu teilte uns die Universität mit, dass diese Frage derzeit noch nicht abschließend geklärt ist.

Neubau Fachhochschule Bielefeld (FHC)

1: Wann geht die FH in Betrieb?

Die Aufnahme des Lehrbetriebs ist für das WS 2013/14 geplant, d.h. ab September 2013. Der Umzug soll im August erfolgen. Einige Mitarbeiter (z.B. EDV) werden schon früher im Gebäude tätig sein.

2: Wann geht die Tiefgarage in Betrieb?

Eine kontrollierte Zufahrt wird schon während der Umzugsphase ab August 2013 möglich sein. Der reguläre Betrieb startet mit Hochschulbetrieb zum WS 2013/14.

4: Wie viele Personen werden in der FH tätig sein (Mitarbeiter, Forscher, Studierende)?

Hierzu teilte uns die Fachhochschule mit, dass ca. 6.000 Studierende und 500 Beschäftigte im Gebäude tätig sein werden. Es ist davon auszugehen, dass die Studierenden natürlich nicht immer alle gleichzeitig anwesend sind.

Der größte Fachbereich Wirtschaft und Gesundheit ist momentan im Universitätsgebäude untergebracht. Der Fachbereich Sozialwesen und die Hochschulverwaltung sind in der Kurt-Schumacher-Straße untergebracht. Die tägliche "Anreise" der Studierenden und Beschäftigten dieser Fachbereiche und Einheiten dürfte auf den ÖPNV keine gravierenden Auswirkungen haben, da diese auch bisher ohnehin die Linie 4 nutzen.

5. Wird es bei der FH eine Parkraumbewirtschaftung geben?

Hierzu teilte uns die Fachhochschule mit, dass eine Parkraumbewirtschaftung nicht vorgesehen ist.

6. Wird die Zuwegung ausschließlich über den Zehlendorfer Damm/Universitätsstraße erfolgen?

Die Zuwegung zum Campus Nord ist ausschließlich über den Zehlendorfer Damm/Universitätsstraße möglich.

7. Wann wird die Erschließung Richtung Dürerstraße gebaut/übergeben?

Die Erschließung Richtung Dürerstraße wird erst dann gebaut, wenn konkrete Bauvorhaben auf den jetzt noch freien Baufeldern auf dem Campus Nord anstehen. Die nördliche Erschließung für Individualverkehr sowie die Verlängerung der Stadtbahnlinie 4 mit einer neuen Haltestelle sind für deren Genehmigung notwendig. Hierzu gibt es derzeit jedoch keine konkreten Planungen.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer:

-.-.-

Zu Punkt 3.1 Auswirkung der Sperrung der B 68 in Halle auf den Stadtbezirk Dornberg

Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer: 4673/2009-2014

Herr Berenbrinker verliest die Anfrage der BfB:

Welche Reaktionen auf den Beschluss der BZV Dornberg vom 31.Mai 2012 hat es seitens der Bezirksregierung Detmold, des Regionalrates und der Stadt Bielefeld bisher gegeben?

Zusatzfrage:
Wenn keine: Wie soll weiter Druck auf die oben genannten Institutionen ausgeübt werden?

Frau Steinborn verliest die Antworten des Amtes für Verkehr und verteilt die Informationen zum Sachstand der Aufstellung des Luftreinhalteplanes Halle (Westf.), welche Teil der Antwort sind, als Tischvorlage.

Der Regionalrat wurde durch die Bezirksregierung am 18.06.2012 über den Sachstand zum Luftreinhalteplan Halle und Bielefeld informiert.

Die Bezirksregierung hat im Rahmen des Behördentermins am 11.9.2012 den Sachstand des LRP Halle zur Sperrung der B68 und der Umleitung des LKW-Verkehrs erläutert.

Die Stadt Bielefeld hat zu dem vorgesehenen LKW-Umleitungsverkehr Stellung genommen. Sobald der LRP Halle öffentlich ausliegt wird die Stadt Bielefeld auch dazu schriftlich Stellung nehmen, falls die Anforderungen der Stadt Bielefeld nicht umgesetzt sind.

Information zum Sachstand der Aufstellung des Luftreinhalteplanes Halle

Die Bezirksregierung Detmold ist zuständig für die Erstellung von Luftreinhalteplänen im Regierungsbezirk, auch der Luftreinhalteplan Halle wird von ihr erstellt. In dem entsprechenden Verfahren prüft sie die Verhältnismäßigkeit der vorgesehenen Maßnahmen und schreibt diese **in eigener Zuständigkeit** letztlich fest. Die Bezirksregierung Detmold hat am 11.9.2012 zu einem Behördentermin eingeladen. Sie hat die betroffenen Gebietskörperschaften über die von ihr vorgeschlagene Sperrung der Ortsdurchfahrt Halle für LKW größer 7,5 t in Richtung Bielefeld und das LKW-Umleitungskonzept für den LRP Halle informiert.

Der **Vorschlag der Bezirksregierung Detmold** sieht für die Ortsdurchfahrt Halle von Osnabrück kommend eine Sperrung für den LKW-Verkehr größer 7,5 t vor und eine Führung der LKW auf die L 782. Die Verbindungsstraßen zur B 68 durch Künsebeck und Steinhagen werden für den LKW-Verkehr größer 7,5 t gesperrt – der Lieferverkehr ist frei. Ab der Kreuzung L 782 mit der L 806 (Brockhagener Straße) ist keine LKW-Sperrung mehr vorgesehen, so dass der LKW-Verkehr je nach Fahrtrichtung weiter über die L 782 in Richtung Gütersloh auf die B 61 fahren kann oder über die L 806 (Münsterlandstraße, Brockhagener Straße) in Richtung A33 /OWD. Da auf dem Bielefelder Stadtgebiet die Steinhagener Straße wegen Bauarbeiten bis voraussichtlich Mai/Juni 2013 gesperrt sein wird, wird der LKW-Verkehr über die Brockhagener Str auf die Gütersloher Str. zum Südring geführt werden. Für die Umlostr. ist von Süden kommend ein Rechtsabbiegeverbot für Lkws über 7,5 t vorgesehen. Im Zuge der Brockhagener Straße wird für Lkws über 7,5 t das Abbiegen in die Umlostraße untersagt.

Für die L 758 sieht der Vorschlag der Bezirksregierung vor, die Hinweise „Bielefeld –Nebenstrecke“ von der Beschilderung zu entfernen. Bereits ab dem Kreisverkehr vor Werther (L 785/L921) wird der Verkehr auf die Sperrung für den LKW Durchgangsverkehr in Bielefeld hingewiesen. Nach Vorschlag der Bezirksregierung soll ab Voltmannstr. dann die Stapenhorststr. für den LKW-„Durchgangsverkehr“ gesperrt werden.

Nach der STVO § 41 Abs. 2 Nr.6 handelt es sich dann nicht um Durchgangsverkehr, soweit die jeweilige Fahrt

- dazu dient ein Grundstück an der gesperrten Straße oder an einer Straße, die durch die von Verkehrsverbot betroffene Straße erschlossen wird, zu erreichen
- in einem Gebiet stattfindet, das innerhalb eines Umkreises von 75 km von seinem Beladeort liegt.

Die Stadt Bielefeld hat die Bezirksregierung nach diesem Termin in Ihrem Scheiben vom 18.9.2012 über die auf dem Umleitungsstrecken geplanten Baumaßnahmen in 2013 informiert und die Forderung geäußert, auch die L 778 durch Steinhagen für den LKW-Verkehr zu öffnen. Des Weiteren hat die Stadt vorgeschlagen die Sperrung Voltmannstr vorzuziehen und die Werther Str. bereits ab der Babenhauser Str. für den LKW-Durchgangsverkehr zu sperren. Auch die Kirchdornberger Str. muss dann für den LKW-Durchgangsverkehr ab Kreuzung Werther Str. gesperrt werden, um Ausweichverkehre über Kirchdornberg, Hoberge-Uerentrup und das Johannistal zu verhindern.

Die Bezirksregierung wird Zählungen veranlassen. Diese sollen zur Erfassung des LKW-Aufkommens ab 7,5 t vor der Umsetzung des Umleitungsverkehres (des LRP) stattfinden und auch nach der Umsetzung. Nur so lässt sich objektiv ermitteln, wie sich die betroffenen Lkw-Verkehre nach der Sperrung der B 68 in Halle neu verteilen. Die Bezirksregierung wird die Gemeinden über die Zählergebnisse informieren.

Die Stadt Bielefeld hat die Bezirksregierung um Ihre Bereitschaft gebeten, auch kurzfristig Anpassungen und Änderungen an der Führung des LKW-Umleitungsverkehres in Absprache mit der Stadt Bielefeld durchzuführen, wenn sich Verkehrsprobleme einstellen und/oder die Auswertungen der Verkehrszählungen ergeben sollten, dass das vorgesehene Umleitungskonzept nicht greift.

Entsprechend § 47 Bundesimmissionsschutzgesetz Absatz 5(a) ist der Entwurf des neuen oder geänderten Luftreinhalteplanes einen Monat zur Einsicht auszulegen; bis zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist kann gegenüber der zuständigen Behörde schriftlich Stellung genommen werden.

Die Bezirksregierung beabsichtigt das Verfahren in Kürze einzuleiten. Die Verwaltung wird die Belange der Stadt Bielefeld in Ihrer Stellungnahme vertreten. Die betroffenen Bezirksvertretungen werden darüber informiert und damit auch in das Verfahren eingebunden.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung Dornberg nehmen Kenntnis.

Kennntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Machbarkeit einer Kita auf Hof Hallau

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4689/2009-2014

Der TOP wurde gemeinsam mit und unter TOP 7 beraten.

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 3.3 Zuwegung zur möglichen neuen Kita am Gatower Weg

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4690/2009-2014

Der TOP wurde gemeinsam mit und unter TOP 7 beraten.

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 3.4 Ergebnis der hydrologischen/ hydraulischen Untersuchung am Schwarzbach

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4693/2009-2014

Herr Berenbrinker verliest die Anfrage der SPD-Fraktion:

Gibt es inzwischen ein Ergebnis der hydrologischen/ hydraulischen Untersuchung am Schwarzbach und wann wird es vorgestellt?

Frau Steinborn verliest die Antwort vom Umweltamt:

Die hydrologischen und hydraulischen Berechnungen liegen seit September 2011 vor. Auf ihrer Grundlage wurden im Rahmen eines Vorentwurfs unterschiedliche Lösungsvarianten zum Hochwasserschutz am Schwarzbach im Bereich der Deppendorfer Mühle entwickelt und im Februar 2012 den Eigentümern und Anliegern vorgestellt.

Die Varianten bedingen die Inanspruchnahme unterschiedlich großer Flächen. Leider haben sich die Eigentümer bislang noch nicht entschieden, ob und wenn in welchem Umfang sie Flächen für die Durchführung der Maßnahme zur Verfügung stellen wollen.

Das Umweltamt beabsichtigt die Ergebnisse der hydrologischen und hydraulischen Berechnungen sowie die verschiedenen Lösungsvarianten in der Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg im November vorzustellen.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung begrüßen die Vorstellung der Maßnahmen im November und nehmen Kenntnis.

Kenntnisnahme

...-

Zu Punkt 4 Anträge

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

...-

Zu Punkt 4.1 Tempo 20 auf der Schloßstraße

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 4684/2009-2014

Herr Berenbrinker verliest den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob an der Schloßstraße in beide Richtungen, ab Ortseingangsschild aus Richtung Werther, vorbei an der Mühle Niemann bis zur Deppendorfer Straße Tempo 20 angeordnete werden kann.

Herr Steinkühler führt begründend zu dem Antrag aus, dass im Bereich der Deppendorfer Mühle die Straßenführung sehr unübersichtlich und eng sei. Aufgrund zunehmender Veranstaltungen mit vielen Besuchern befänden sich viele Fußgänger und Radfahrer auf der Straße und es käme immer wieder zu gefährlichen Situationen. Aufgrund der unübersichtlichen Begebenheiten und auch vor dem Hintergrund des Begegnungsverkehrs sei im Bereich der Deppendorfer Mühle dringend eine Reduzierung der Geschwindigkeit erforderlich. Die Mitglieder der Bezirksvertretung begrüßen den Antrag und ergänzen zur Notwendigkeit einer Reduzierung den vorhandenen Wanderweg. Die Höhe der Geschwindigkeitsreduzierung wird diskutiert und auch Tempo 30 wurde noch als angemessen angesehen. Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob an der Schloßstraße in beide Richtungen, ab Ortseingangsschild aus Richtung Werther, vorbei an der Mühle Niemann bis zur Deppendorfer Straße Tempo 20 angeordnete werden kann.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 4.2 Hinweisschild auf Toiletten im Bürgerzentrum

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4685/2009-2014

Herr Berenbrinker verliest den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:

Die Verwaltung wird gebeten an der Wertherstraße im Eingangsbereich zum Bürgerzentrum ein Hinweisschild auf Toiletten im Bürgerzentrum anzubringen.

Herr Steinkühler führt begründend aus, dass in Dornberg, außer am abgelegenen Friedhof, andere öffentliche Toiletten nicht zur Verfügung stünden. Zu den Öffnungszeiten des Bürgerzentrums könnten die Toiletten von den Bürgerinnen und Bürgern genutzt werden und daher sei ein Hinweisschild sinnvoll und bürgerfreundlich. Aufgrund der derzeitigen Handhabung – der Schlüssel werde bei Bedarf im Bürgerbüro, bzw. vom Hausmeister ausgehändigt – sei auch nicht mit einer Verschlechterung durch die nicht sachgerechte Benutzung von externen Personen zu rechnen.

Herr Sensenschmidt macht darauf aufmerksam, dass in der Vergangenheit bereits Probleme durch Diebstahl und nicht sachgemäße Handhabung entstanden seien und diese durch ein Hinweisschild noch gefördert werden könnten. Herr Fermann widerspricht Herrn Sensenschmidt und weist darauf hin, dass Personen, die schlechte Absichten hätten, diese auch unabhängig von einem Hinweisschild verfolgen würden.

Frau Selle unterstützt die Argumentation von Herrn Sensenschmidt und regt an, vom Immobilienservicebetrieb Informationen über Erfahrungswerte aus anderen Häusern einzuholen und zunächst einen Prüfauftrag zu erteilen.

Herr Steinkühler führt aus, dass eine eventuell eintretende Verschlechterung durch unsachgemäße Behandlung externer Personen nicht im angemessenen Umfang zu den Interessen anderer Bürgerinnen und Bürger stünde, besonders älterer Menschen und Kindern. Ggf. könne, sofern festgestellt würde, dass eine Verschlechterung eintrete, das vorhandene Schild wieder entfernt werden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten an der Wertherstraße im Eingangsbereich zum Bürgerzentrum ein Hinweisschild auf Toiletten im Bürgerzentrum anzubringen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4.3 Verhinderung des LKW-Durchgangsverkehrs für die Straßen Kirchdornberger Straße und Twellbachtal ab Einmündungsbereich Wertherstraße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4691/2009-2014

Herr Berenbrinker verliest den Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird aufgefordert, an den Straßen Kirchdornberger Straße und Twellbachtal im Einmündungsbereich Wertherstraße jeweils ein Schild „Gesperrt für LKW über 7,5 t“ aufzustellen um den LKW-Durchgangsverkehr zu verhindern.

Herr Kleinesdar führt zur Begründung aus, dass zum Einen der Ausbaustandard der Kirchdornberger Straße und des Twellbachtals nicht für LKW-Verkehr geeignet seien, es zum Anderen, durch die Sperrung der B 68, speziell in den Bereichen der Grundschulen Schulen in Dornberg und Hoberge zu vermehrten Schwerlastverkehrsaufkommen kommen könnte.

Herr John ergänzt, dass vor dem Hintergrund des Umbaus der Wertherstraße verhindert werden müsse, dass der Schwerlastverkehrs über die angegebenen Strecken ausweichen würde.

Frau Selle regt an, den Schwerlast-Anliegerverkehr zu sichern. Herr Berenbrinker erläutert hierzu, dass es sich nach § 41 Abs. 2 Nr. 6 der Straßenverkehrsordnung dann nicht um Durchgangsverkehr handele, soweit die jeweilige Fahrt dazu diene ein Grundstück an der gesperrten Straße, das an einer Straße, die durch die vom Verkehrsverbot betroffene Straße erschlossen werde, zu erreichen oder in einem Gebiet stattfinde, welches innerhalb eines Umkreises von 75 km von seinem Beladeort liege. Somit sei dem Anliegerverkehr die Durchfahrt erlaubt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, an den Straßen Kirchdornberger Straße und Twellbachtal im Einmündungsbereich Wertherstraße jeweils ein Schild „Gesperrt für LKW über 7,5 t“ aufzustellen um den LKW-Durchgangsverkehr zu verhindern.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4.4 Verkehrsschild "Bei Rot hier halten" am Kreuzungsbereich Babenhauser Straße / Wertherstraße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4695/2009-2014

Herr Berenbrinker verliest den Antrag der SPD-Fraktion:

Die Bezirksvertretung Dornberg bittet die Verwaltung das Schild „Bei Rot hier halten“ im Kreuzungsbereich Babenhauser Straße / Wertherstraße freizuschneiden und durch ein deutlich sichtbareres Schild zu ersetzen.

Begründung:

Die wiederholt vorgetragenen Probleme im Bereich der Ampel könnten so gemindert werden.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung bestätigen einvernehmlich die Probleme in dem Kreuzungsbereich aufgrund der schlechten Sichtbarkeit des vorhandenen Schildes. Immer wieder käme es zu Verkehrsstauungen durch einfahrende Kfz, die dann das Abbiegen von der Babenhauser Straße verhinderten.

In diesem Zusammenhang solle das Amt für Verkehr noch einmal die Ampelregelung überprüfen, da nach Ansicht der Bezirksvertretung Dornberg eine Regelung wie am Wellensiek, mit einer vorgeschalteten Rotlichtanlage, alle Probleme beheben würden.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg bittet die Verwaltung das Schild „Bei Rot hier halten“ im Kreuzungsbereich Babenhauser Straße / Wertherstraße freizuschneiden und durch ein deutlich sichtbareres Schild zu ersetzen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 4.5 Pachtvertrag für das Obst-Arboretum Olderdissen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4698/2009-2014

Herr Berenbrinker verliest den gemeinsamen Antrag von der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ die Grünen:

Die Bezirksvertretung Dornberg fordert den Immobilienservicebetrieb Bielefeld auf, kurzfristig den Pachtvertrag für das Obst-Arboretum Olderdissen an der Dornberger Straße 197, langfristig zu verlängern.

Herr Kleinesdar führt zu dem Antrag begründend aus, dass auf dem Gelände des Immobilienservicebetriebes in den vergangenen Jahren eine eindrucksvolle und interessante Anlage mit vielen alten Obstbäumen entwickelt worden sei. Der Erhalt der Anlage und somit die Weiterentwicklung und Erhaltung alter Obstsorten sei unterstützenswert.

Der Betreiber der Anlage wolle gern die Absicherung seiner Arbeit durch eine langfristige Bindung.

Herr John begrüßt den Antrag und schlägt einen langfristigen Pachtvertrag vor – hier könne sogar eine Pachtzeit von 99 Jahren anvisiert werden.

Frau Selle begrüßt grundsätzlich das Vorhaben und wirft die Frage auf, ob abgeklärt sei, dass die Anlage hinsichtlich des Bereiches „Stadtspark Landschaft“ die Zustimmung des Umweltamtes erhalte. Herr Kleinesdar bestätigt die Zustimmung des Umweltamtes und die Mitglieder sprechen sich für eine langfristige Verpachtung der Flächen aus um der Stadt Bielefeld das Eigentum an den Flächen zu erhalten. Eine Pachtzeit von 99 Jahren wurde jedoch mehrheitlich als zu lang betrachtet.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg fordert den Immobilienservicebetrieb Bielefeld auf, kurzfristig den Pachtvertrag für das Obst-Arboretum Olderdissen an der Dornberger Straße 197, langfristig zu verlängern.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 4.6 Umzugsbeding gegebene Erweiterung der Stapenhorstschule

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4744/2009-2014

Herr Berenbrinker verliest den gemeinsamen Antrag der FDP und Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:

Die Verwaltung wird gebeten keine zusätzliche Kapazitätserweiterung der Schülerzahl zu lasten anderer Schulbezirke zuzulassen, die aufgrund eines umzugsbedingt gegebenen größeren Schulgebäudes (Stapenhorstschule) möglich ist.

Begründung:

Die Stapenhorstschule soll nicht im Rahmen des Schulgebäuderingtausches auf Kosten anderer Schulen vergrößert werden. Für den Stadtbezirk Dornberg ist und wäre auch die Wellensiekschule betroffen.

Frau Wilmsmeier führt ergänzend zur vorliegenden Begründung des Antrages aus, dass die umzugsbedingte Vergrößerung der Stapenhorstschule unter Umständen negative Auswirkungen auf die Schulen im Stadtbezirk Dornberg haben könne. In der Stapenhorstschule könne ggfls. sogar mit einer 4-Zügigkeit gerechnet werden Verschiebungen zu Lasten der Dornberger Grundschulen seien möglich. Besonders die Grundschule Wellensiek könne hier betroffen sein.

Frau Brinkmann teilt mit, dass die Thematik in der vergangenen Sitzung des Schulausschusses als erste Lesung beraten worden sei und Befürchtungen in dieser Richtung möglicher Weise unbegründet, ein Hinweis an den Schulausschuss über die Positionierung der Bezirksvertretung Dornberg jedoch in jedem Fall hilfreich sei.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten keine zusätzliche Kapazitätserweiterung der Schülerzahl zu lasten anderer Schulbezirke zuzulassen, die aufgrund eines umzugbedingt gegebenen größeren Schulgebäudes (Stapenhorstschule) möglich ist.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5

LKW Lenkkonzept

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4161/2009-2014

Herr Berenbrinker berichtet über die Beratungen im Arbeitskreis Stadtteilentwicklung zum LKW Lenkkonzept im Ergebnis, dass die in der Vorlage dargestellten Straßen für den LKW-Verkehr so nicht geeignet seien und trägt den gemeinsamen Antrag der Bezirksvertretung Dornberg vor:

Die BZV Dornberg bittet die Verwaltung, die Straßen Wertherstraße, Babenhauser Straße und Schröttinghauser Straße, nicht als für LKW empfohlene Hauptverkehrsstraßen (im Plan schwarz gekennzeichnet) auszuweisen. Allenfalls handelt es sich bei diesen Straßen um LKW - Anbindungsstraßen für den Quell- und Zielverkehr.

B e g r ü n d u n g :
Vor dem Hintergrund der einseitigen Sperrung der Stapenhorststr. für den LKW Durchgangsverkehr >7,5t, scheidet diese Strecke mit der Verlängerung Wertherstraße, als für LKW empfohlene Hauptverkehrsstraße aus. Des weiteren sind die schon heute überlasteten Dornberger Straßen in den engen Ortsdurchfahrten Großdornberg und Babenhausen nicht in der Lage, weiteren LKW Verkehr aufzunehmen.

Ohne weitere Aussprache fassen die Mitglieder der Bezirksvertretung Dornberg folgenden

Beschluss:

Die BZV Dornberg bittet die Verwaltung, die Straßen Wertherstraße, Babenhauser Straße und Schröttinghauser Straße, nicht als für LKW empfohlene Hauptverkehrsstraßen (im Plan schwarz

gekennzeichnet) auszuweisen. Allenfalls handelt es sich bei diesen Straßen um LKW - Anbindungsstraßen für den Quell- und Zielverkehr.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 6

Entwicklung und konkrete Planung Ausbau U3

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4605/2009-2014

Frau Brinkmann stellt für den Stadtbezirk Dornberg derzeit eine komfortable Ausgangslage hinsichtlich der Kindertagesstätten fest. Dies bedeute jedoch nicht, dass die in der Vorlage dargestellten Zahlen tatsächlich so eintreten würden, da vor dem Hintergrund der Uni-Erweiterung mit einem erheblich gesteigerten Bedarf gerechnet werden müsse, welcher auch zu berücksichtigen sei.

Vor diesem Hintergrund stelle man die Formulierung auf Seite 10 der Vorlage „geplanter Neubau Kitas Hof Hallau oder Gatower Straße“ hinsichtlich des „oder“ in Frage, da ein Bedarf von zwei Kindertagesstätten durchaus gesehen werde.

Frau Brinkmann verweist darauf, dass die Vorlage für das gesamte Stadtgebiet erstellt worden sei und vor dem Hintergrund der guten Quote für den Stadtbezirk Dornberg derzeit im stadtweiten Vergleich nicht unbedingt eine weitere Kita in Dornberg notwendig erscheine. Daher müsse man aktuell eine Priorisierung des Standorts für eine Kita vornehmen.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung nehmen Kenntnis.

Kenntnisnahme

Zu Punkt 7

Standorte für neue Kindertagesstätten bzw. die Erweiterung vorhandener KiTas im Stadtbezirk Dornberg

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4696/2009-2014

Aufgrund des thematischen Zusammenhanges werden die Anfragen aus den TOP 3.2 und 3.3 zusammen mit der Informationsvorlage beraten.

Herr Berenbrinker verliest die Anfrage zu TOP 3.2

Frage:

Wie ist der Stand der Planung in der Verwaltung über die Machbarkeit einer neuen Kita auf Hallau?

Zusatzfrage:

Wie soll die verkehrliche Erschließung erfolgen und wann werden die Pläne der Bezirksvertretung vorgestellt?

Herr Berenbrinker verliest die Anfrage zu TOP 3.3

Frage:

Welche Pläne hat die Verwaltung erarbeitet für eine problemlose Zuwegung zur möglichen neuen Kita am Gatower Weg?

Frau Mosig vom Bauamt, Herr Seibert vom Immobilienservicebetrieb sowie Herr Hovermann vom Amt für Verkehr sind als Berichterstatter/in der Verwaltung anwesend.

Herr Seibert erläutert die Informationsvorlage und Frau Mosig ergänzt die Erläuterungen des Immobilienservicebetriebes um die Vorgaben der Bauverwaltung und stellt abschließend fest, dass die Einrichtung einer Kindertagesstätte auf dem Gelände des Hofes Hallau aus baurechtlicher Sicht möglich sei. Herr Seibert führt aus, dass die BGW auch bereits einen Vorschlag für eine Kindertagesstätte auf dem Gelände unterbreitet habe.

Frau Mosig führt weitergehend aus, dass die Fläche am Gatower Weg ebenfalls für die Errichtung einer Kindertagesstätte zur Verfügung stünde und erläutert mit Herrn Seibert die in der Vorlage vorgestellte verkehrliche Erschließungssituation.

Die Mitglieder begrüßen die umfangreiche Beantwortung der Fragen und begrenzen die möglichen Standorte für die Errichtung einer Kindertagesstätte auf die beiden Standorte Hof Hallau und Gatower Weg. Man müsse nun eine Priorisierung vornehmen und nach konkreteren Planungen der Verwaltung eine abschließende Entscheidung treffen.

Hinsichtlich der Planungen zum Gatower Weg soll die Verwaltung eine mögliche Zuwegung zur Einrichtung über das vorhandene Hofgelände prüfen und ggfls. vertraglich sichern. Bei den Planungen sei ein möglichst geringer Kosten- und Flächenaufwand zu berücksichtigen. Von einer zusätzlichen Zufahrstraße solle abgesehen werden.

Weiterhin soll auf dem Gelände des Hofes Hallau zusammen mit dem Immobilienservicebetrieb, der BGW und Mitgliedern der Bezirksvertretung Dornberg ein Ortstermin stattfinden, in dem die genaue Lage der Räumlichkeiten betrachtet und beraten werden sollen.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung fassen folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg befürwortet die Errichtung einer

Kindertagesstätte mit folgenden Prioritäten:

- 1. Hof Hallau**
- 2. Gelände am Gatower Weg.**

Hinsichtlich der genauen Standortbestimmung auf dem Hof Hallau wird ein gemeinsamer Ortstermin stattfinden. Anschließend wird die Verwaltung gebeten bis zur nächsten Sitzung der Bezirksvertretung konkrete Planungen zur Umsetzung zu entwickeln und vorzustellen.

Hinsichtlich der Erschließung der Flächen am Gatower Weg wird die Verwaltung gebeten, gemeinsam mit dem Immobilienservicebetrieb, dem Umweltbetrieb und dem Bauamt eine kostengünstige und flächensparende Erschließung einer Kindertagesstätte zu prüfen und ebenfalls in der nächsten Sitzung vorzustellen.

– einstimmig beschlossen –

Frau Wilmsmeier und Herr Gieselmann berichten aus der Sitzung der Elternvertretung von geplanten Umbaumaßnahmen an der Kindertagesstätte in Schröttinghausen. Die Mitglieder der Bezirksvertretung zeigen sich erstaunt, da dem Gremium diesbezüglich keine Informationen zu Planungen vorlägen.

Man ist sich einig, dass vor weitergehenden Umsetzungen eine umfassende Vorstellung der Maßnahme in der Bezirksvertretung zu erfolgen habe. Die Bezirksvertretung habe in der Vergangenheit bereits schon die Einbindung der Kindertagesstätte in die Räumlichkeiten der Grundschule Schröttinghausen gefordert. Hinsichtlich der vorhandenen Freiflächen an der Kindertagesstätte und den bestehenden Mindestanforderungen in diesem Bereich erscheint eine Erweiterung fraglich. Die Nutzung der Räumlichkeiten der Grundschule Schröttinghausen müsse von der Verwaltung geprüft und das Ergebnis ebenfalls dargestellt werden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, die Mitglieder der Bezirksvertretung Dornberg vor weitergehenden Entscheidungen unverzüglich und umfassend über geplante Um- oder Erweiterungsbauten an der Kindertagesstätte in Schröttinghausen zu informieren. Weiterhin wird die Verwaltung aufgefordert, die Nutzung von Räumlichkeiten der Grundschule Schröttinghausen für eine Erweiterung der Kindertagesstätte zu prüfen und vorzustellen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 8 **Bezirkliche Sondermittel**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Die Mitglieder der Bezirksvertretung Dornberg sprechen sich erneut für die Förderung von Navigationsgeräten für die freiwilligen Feuerwehren in Dornberg aus. Hier soll von Frau Steinborn Kontakt mit Herrn Grimm aufgenommen und ein Kostenvoranschlag für 4 TOM TOM Navigationsgeräte eingeholt werden.

Hinsichtlich der Sondermittel für die bezirklichen Grünanlagen soll geprüft werden, ob die Reparatur einer Parkbank aus den Mitteln gezahlt werden kann.

-.-.-

Zu Punkt 9 **xxx**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

-.-.-

Zu Punkt 9.1 **Informationen aus den Arbeitskreisen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Arbeitskreis Kultur

Herr Berenbrinker berichtet von den Ergebnissen der Planungen zum Tag gegen die Todesstrafe am 30.11.2012 und bittet die Mitglieder der Bezirksvertretung Dornberg das erstellte Programm für diesen Tag zu beschließen:

Städte für das Leben – Städte gegen die Todesstrafe
Veranstaltung im Stadtbezirk Dornberg am 30.11.2012

Programm

- 17:30 Uhr Sternmarsch
(Eintreffen der Jugendlichen mit Fackeln)
- Musik
(Posaunenchor)
- 17:40 Uhr Begrüßung, Einführung
(Herr Bezirksbürgermeister Berenbrinker, Herr
Dechant Fussy, Herr Heini
von Amnesty International)
- 17:50 Uhr Statements der Konfirmandinnen und
Konfirmanden
(und Firmenbewerberinnen und Firmenbewerber?)
zum Thema Todesstrafe
- Musik
(Posaunenchor)
- 18:10 Uhr Vortrag zum Thema Städte gegen die Todesstrafe
(Herr Schamberg, Amnesty International)
- Musik
(Posaunenchor)
- 18:30 Uhr *(Hinweis von Herrn Berenbrinker auf das
Programm im Haus)*
Friedensgebet
- Musik
(Posaunenchor)

Beleuchtung des Bürgerzentrums

Im Bürgerzentrum:

- Ausstellung „Für eine Welt ohne Todesstrafe“ mit Führung
- Filmvorführung
- Büchertisch der Stadtteilbibliothek zum Thema
- Ausschank von Kaffee, Tee / Imbiss
- selbstleuchtende Motive in den Fenstern in der 1. Etage

Beschluss:

Die Mitglieder der Bezirksvertretung Dornberg beschließend die Durchführung und das vorstehende Programm zum Tag gegen die Todesstrafe am 30.11.2012.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 9.2 Bauvorhaben von besonderer Bedeutung

**Neubau Experimentalphysik der Universität Bielefeld
Morgenbreede**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4705/2009-2014

Die Mitglieder der Bezirksvertretung nehmen Kenntnis.

Kenntnisnahme

**Zu Punkt 10 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

**Zu Punkt 10.1 Umgestaltungsmaßnahmen im Bereich der
Schulaußenanlagen der GS Wellensiekschule**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4508/2009-2014

Die Mitglieder der Bezirksvertretung begrüßen die Maßnahmen und nehmen Kenntnis.

Kenntnisnahme

**Zu Punkt 10.2 Einengung des Einmündungsbereiches Ronsieksfeld in die
Deppendorfer Straße durch Markierung einer Sperrfläche und**

die Herstellung einer Furtmarkierung (An-lage 1)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4697/2009-2014

Die Mitglieder der Bezirksvertretung Dornberg begrüßen die Umgestaltung des Kreuzungsbereiches, wenden jedoch ein, dass einige Maßnahmen/Vorschläge nicht berücksichtigt werden:

- Der einfahrende Verkehr solle verlangsamt werden, damit Radfahrer und Fußgänger sicher queren können.
- Querungsmöglichkeit vom Ronsieksfeld zum Hasbachtal sei zu verbessern.
- Hinweise auf die Querungen an der Deppendorfer Straße.
- Vorfahrt-Achten Schilder aufstellen
- Aufstellfläche für Fußgänger und Radfahrer am Hasbachtal
- Sicherungsmaßnahmen für abbiegende/ querende Radfahrer
- Erläuterungen zum Verkehrsschild Richtung Deppendorf (Radfahrer rechts abbiegen) – wie ist die Regel für links abbiegende Radfahrer Richtung Deppendorf?

Die Mitglieder der Bezirksvertretung sehen die Beratung als erste Lesung und verweisen die Angelegenheit an den Arbeitskreis.

1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 10.3 Anbringen eines Verkehrsspiegels an der Straße Hageresch

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: : **4528/2009-2014**

Zum Beschluss der Bezirksvertretung Dornberg zur Anbringung eines Verkehrsspiegels an der Straße Hageresch macht das Amt für Verkehr folgende Mitteilung:

*Amt für Verkehr –660.23-, 24.10.2012/17.09.2012, 6880
Schäffer*

An der Einmündung Hageresch / Hageresch in Höhe der Hs.-Nr.: 29 ist auf Grund der nachfolgend aufgeführten Prüfpunkte ein Verkehrsspiegel verkehrlich nicht erforderlich.

Lt. Unfallstatistik der letzten 3 Jahre hat sich an dieser Einmündung kein Unfall ereignet.

Die Schenkellänge des Sichtfeldes nach rechts auf bevorrechtigte Fahrzeuge beträgt hier ca. 31,00 m, so dass die Sicht bis zur Einmündung Schröttinghauser Str. / Hageresch gegeben ist.

Unter Beachtung des § 1 StVO ist diese Einmündung gefahrlos zu passieren.

Zur Spiegelproblematik noch einige grundsätzliche Informationen:

Verkehrsspiegel können bei sehr schwer einsehbaren Knotenpunkten als Verkehrssicherungsmaßnahme angeordnet werden. Sie sollen dem Wartepflichtigen das Hineintasten in einen Einmündungsbereich erleichtern, befreien ihn jedoch nicht davon, sich unmittelbar vor der Einfahrt in die Vorfahrtstraße über die Verkehrslage zu orientieren.

Auf Grund der konvexen Wölbung eines Verkehrsspiegels wird die bespiegelte Fläche vergrößert und damit zwangsläufig die darin befindlichen Gegenstände verkleinert, mit der Folge, dass viele Verkehrsteilnehmer aus der Größe des ankommenden Fahrzeuges im Spiegel auf die Entfernung zurück schließen und so gefährlichen Fehleinschätzungen unterliegen können.

Ein weiterer Nachteil ist die notwendige Doppelorientierung, da der Spiegel normalerweise nicht die Gesamtfläche vom wartenden Fahrzeug bis zu dem ankommenden Fahrzeug erfasst und damit ein toter Raum entsteht, der nur durch den direkten Blickkontakt kontrolliert werden kann.

Der häufige Ausfall durch Tau, insbesondere in der Herbst- und Winterzeit, ist auch durch die damit einhergehende veränderte Ausfahrtsituation von Nachteil.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung kritisieren, dass die tatsächliche Problematik an der Stelle nicht erkannt worden sei und unabhängig von einem Verkehrsspiegel eine Lösung gesucht werden müsse. Herr Berenbrinker schlug vor, Kontakt mit dem städtischen Fahrradbeauftragten aufzunehmen um in einem Ortstermin die Problematik darzustellen und nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Herr Gieselmann erklärte sich bereit, den Kontakt herzustellen und die Mitglieder der Bezirksvertretung über die Ergebnisse des Ortstermins Kenntnis zu setzen. Ggfls. erfolgt eine weitere Beratung im Arbeitskreis Stadtteilentwicklung.

Kennntnisnahme

-.-.-

Berenbrinker,
Bezirksbürgermeister